



SEITE 2

Ob „Skimming“ oder „Cash Trapping“: Geldklau in Mecklenburg-Vorpommern fest in rumänischer Hand.



SEITE 3

Als einzige Fraktion lehnt die NPD die beschlossene Luxusanierung des Landtages ab.



SEITE 4

Michael Andrejewski im Gespräch zum Thema NSU und zu den Verstrickungen der BRD-Geheimdienste.

DER

AUSGABE 12 - JAHRGANG 2012

# ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



**MILLIONENSCHWERE BELASTUNG**

**DURCH ASYLANTEN**

150 MIO. IN 5 JAHREN FÜR DIE FREMDENSUCHT DER REGIERENDEN

**Die großzügige Aufnahme von Asylbewerbern führt auch hierzulande zu einer millionenschweren Belastung des Volkes!**

Da wären zum Ersten die Aufwendungen für den Betrieb der Aufnahmeeinrichtung für Asylanten in Nostorf/Horst zu nennen. Ins Gewicht fallen hierbei unter anderem Kostenarten wie Taschengeld, Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt sowie Unterkunft und Ernährung. Nachfolgend die Kosten für die Jahre 2005 bis 2010 :

Jahr	Kosten
2005	2.673.800 Euro
2006	2.218.952 Euro
2007	2.072.876 Euro
2008	1.965.925 Euro
2009	2.379.618 Euro
2010	2.707.421 Euro

Binnen fünf Jahren entstanden also allein für den Betrieb der

Landesaufnahmeeinrichtung Kosten in Höhe von über 14 Millionen Euro.

Des weiteren erstattet das Land den Landkreisen und den kreisfreien Städten die notwendigen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einschließlich Aufwendungen für Unterkunft. Die entsprechenden Kosten belaufen sich für den Zeitraum 2004 bis 2010 auf sage und schreibe 136 Millionen Euro.

Für die Herrichtung, Erstaussstattung, Sanierung und Reparaturen von bzw. an Asylheimen mußten immerhin rund zwei Millionen Euro aufgewendet werden.



**Zu den immensen Kosten erklärte der NPD-Abgeordnete Tino Müller:**

„Da werden Millionen für Asylanten und Gemeinschaftsun-

terkünfte verpulvert, während vielerorts das Begrüßungsgeld für Neugeborene gestrichen wird, Straßen ein erbärmliches Bild bieten, Feuerwehren hinsichtlich ihrer technischen Ausstattung auf dem Zahnfleisch krauchen oder Büchereien dichtgemacht werden. Die Krise im kommunalen Unterbau ist auf das Engste mit einer Ausgabenpolitik verbunden, die ganz klar gegen die Interessen des eigenen Volkes gerichtet ist.

Wir fordern statt einer Hofierung von Fremden die gezielte Förderung deutscher Familien. Des weiteren setzen wir uns für eine Streichung des so genannten Asylparagraphen ein. Das weltweit einzigartige Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland hat erstens zu einem Mißbrauch in kaum vorstellbarem Ausmaß geführt und zweitens Staatsausgaben in Milliardenhöhe verursacht und belastet somit den Steuerzahler.“

Ende letzten Jahres beschloß die Regierungskoalition von SPD und CDU, die Residenzpflicht in Mecklenburg-Vorpommern aufzuheben.

**NEIN ZUR DEZENTRALEN UNTERBRINGUNG VON ASYLBEWERBERN!**

Den Asylanten ist es nun inzwischen durch Gesetz gestattet, sich im Land schrankenlos zu bewegen. Als wenn diese politische Fehlentscheidung nicht schon folgenreich genug wäre, legte die Linksfraktion noch einen drauf.

Diese forderten die Schließung des Asylantenheims und die Verlegung der Asylanten in dezentrale Unterkünfte.

Die NPD stimmte gegen diesen Unfug, der nur den Weg für weitere Asylbewerber aus Osteuropa oder Afrika bereitet, die dort schon in den Startlöchern stehen.

Das Asylantenheim Jürgenstorf wird allerdings dennoch aufgelöst, da es offensichtlich kaputtgewirtschaftet wurde.

## Gütesiegel „Made in Germany“ erhalten

Ursprünglich einmal eingeführt, um Produkte aus Deutschland zu brandmarken, hat sich die Bezeichnung „Made in Germany“ zu einem unverwechselbaren Gütezeichen entwickelt. „Made in Germany“ steht für eine hohe Produktgüte und eine qualitativ hochwertige Produktion von Waren. Als Qualitätsmerkmal hat sich die Bezeichnung weltweit durchgesetzt.



In der Europäischen Union gibt es den Wunsch, die Bezeichnung „Made in EU“ einzuführen. Die Sonderstellung Deutschlands soll damit ausgehebelt werden, und gleichzeitig möchten sich andere EU-Staaten mit einem Qualitätsmerkmal schmücken. Im Interesse der Wirtschaft, gerade auch der von Mecklenburg-Vorpommern, ist es wichtig, die Qualitätsmarke „Made in Germany“ auch zukünftig zu erhalten.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Stefan Köster, brachte einen Antrag ein, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, sich für die Beibehaltung des bisherigen Gütesiegels einzusetzen.

# GELDKLAU IN MV FEST IN RUMÄNISCHER HAND

**Ob nun „Skimming“ oder „Cash Trapping“: Im Hinblick auf die Manipulation von Geldautomaten wurden in Mecklenburg-Vorpommern bislang ausschließlich rumänische Tatverdächtige festgestellt.** Das hat die Landesregierung in den Antworten auf Anfragen des NPD-Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs einräumen müssen.

Beim so genannten Cash Trapping bringen die Täter am Geldautomaten eine baugleiche Attrappe des Verschlusses über der Geldausgabe an. Das Bargeld bleibt an einem Klebestreifen, der auf der Rückseite der Attrappe angebracht wird, hängen.

Beim „Skimming“ manipulieren die Täter die Tastatur sowie den Karteneingabeschlitz, wo-



durch sie die Kartendaten und die eingegebene PIN der Nutzer erspähen.



**Zu den Betrugsfällen erklärte der Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs:**

„Die Manipulation von Geldautomaten befindet sich also fest in ausländischer, in diesem Fall in rumänischer Hand. Im Endeffekt handelt es sich nur um einen Auszug aus dem Kriminalitätsgeschehen, das sich

mittlerweile auch in diesem angeblich so sicheren Bundesland abspielt. Ob nun Klau von Autos, Bootsmotoren oder metallhaltigen Gegenständen aller Art – stets und ständig sind maßgeblich nichtdeutsche Täter aktiv.

Mit unserer Forderung, zu allererst kriminell gewordene Ausländer gnadenlos in die Herkunftsländer abzuschieben, liegen wir goldrichtig. Und daß auch MV mehr und mehr zum Tummelplatz osteuropäischer Banden wird, hängt eng mit der vom politischen Establishment immer noch hochgejubelten Grenzöffnung zu Polen und zur Tschechei zusammen. Nicht umsonst fordern wir Nationalen die Wiedereinführung der alten, stationären Grenzkontrollen, um so die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.“

## DIE NPD-FRAKTION FORDERT:

**ENDLICH BUNDESEINHEITLICHES**

**BILDUNGSSYSTEM SCHAFFEN!**

Die NPD-Fraktion hatte einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, ein bundeseinheitliches Bildungssystem zu schaffen, da in der BRD keine allgemein verbindlichen Bildungsstandards vorhanden sind. Das föderale Prinzip im Bildungssektor hat einen Zustand herbeigeführt, in dem Länderinteressen dominieren.

Eine unmittelbare Folge der in der Bildungslandschaft herrschenden Zerklüftung ist eine wachsende Verunsicherung bei Eltern und Schülern, gerade wenn sie während der Schulzeit ihres Nachwuchses in ein anderes Bundesland

umziehen und im neuen Umfeld auf ein völlig anderes Schul- und Bildungssystem treffen.

Längst ist der einst weltweit hochgeachtete Bereich Bildung zu einem Experimentierfeld von Ideologen und Utopisten geworden, die keine Begabungs-, sondern nur Methodendefizite kennen.



**Der bildungspolitische Sprecher, David Petereit, äußerte in dem Zusammenhang:**

„Seit Jahren befindet sich die deutsche Bildungspolitik in der

Talfahrt: Lehrermangel, keine Vergleichbarkeit bei Lehrplänen, unterschiedliche Bildungsabschlüsse usw. - die Kleinstaaterei in der Bildungspolitik kostet uns den qualifizierten Nachwuchs für die kommenden Generationen.

Diesem Versagen muß auf ganzer Linie mit einer konsequenten Kehrtwende in der Bildungspolitik begegnet werden. Die föderalen Prinzipien enden bei der Bildung. Ein Umlenken muß sofort stattfinden, damit in den kommenden Jahrzehnten die Herausforderungen gemeistert werden können.“



## NPD-FRAKTION LEHNT ALS EINZIGE FRAKTION

## DIE LUXUSSANIERUNG DES LANDTAGES AB

**Als einzige Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern lehnt die NPD die beschlossene Luxussanierung und den Neubau eines Plenarsaals ab.**

Neben den Kosten für die tatsächlich notwendigen Erhaltungsmaßnahmen am Schweriner Schloß genehmigten die Parlamentarier zum Jahresbeginn einen weiteren zweistelligen Millionenbetrag zur Umgestaltung des Landtages. Davon sollen sieben Millionen

Euro in den unnötigen Neubau eines Plenarsaals fließen. Mit weiteren vier Millionen Euro will man das Landesparlament mit einem übertriebenen Konferenzzentrum und einer überflüssigen Journalisten-Lobby ausstatten. Einen entsprechenden Beschluß faßte die Parlamentarische Baukommission.

Wiederholt hat sich allein die NPD-Fraktion gegen den geplanten Luxusumbau ausgesprochen. Insgesamt sollen für

die Neugestaltung des Landesparlamentes bis 2016 rund 26 Millionen Euro aufgewendet werden, zehn Millionen Euro mehr als bisher veranschlagt.



**Der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD, Stefan Köster, nahm als Mitglied der Baukommission zu dem Vorhaben wie folgt Stellung:**

„In Zeiten der Rekordverschuldung auf allen Ebenen geneh-

*mt man sich in Schwerin einen zweistelligen Millionenbetrag für den völlig überflüssigen Neubau eines Plenarsaals, eines Konferenzzentrums und einer Journalisten-Lobby. Hier herrscht Größenwahn statt angebrachter Bescheidenheit.*

*Die NPD-Fraktion trägt diesen Unfug nicht mit, weil angesichts leerer Kassen und der Not vieler Bürger Projekte dieser Art schlichtweg unver-schämt sind!“*

## NPD-FRAKTION: FÜR DEN ERHALT UNSERES VOLKES!

Knapp zwei Jahre ist es her, als die NPD-Fraktion die Einrichtung einer Enquete-Kommission „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“ (Drucksache 5/3178) forderte, mit der Maßnahmen für ein kinderfreundliches und somit kinderbejahendes Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet werden sollten.

Der ehemalige „IM Martin“, Torsten Koplín (Die Linke), hielt seinerzeit die Gegenrede im Namen des vermeintlich demokratischen Blocks. Nichts als heiße Luft und viel Geschwätz brachte der ehemalige SED-Kader zuwege. Einheitslich wie immer, stimmte man gegen den Antrag der Nationalen.

Doch während sich die NPD-Fraktion für ein Miteinander der Generationen und somit folgerichtig für eine Familienpolitik einsetzt, die das Wort auch

verdient, wollen die Verantwortlichen dem dramatischen Einwohnerrückgang nun durch die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ dieser existenzgefährdenden Entwicklung nicht begegnen, sondern diese lediglich nur verwalten.

Die Politik der Etablierten dreht sich in keiner Weise um die Belange der Bürger unseres

Landes. Wäre es den Schläumeiern im Schweriner Schloß um die wirkliche Bekämpfung des schleichenden Volkstods gegangen, der in Mecklenburg und Pommern keine Zukunftsmusik, sondern bittere Realität ist, hätte man sich den Forderungen der NPD-Fraktion anschließen müssen.

Der sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Stefan Köster, fand daher auch deutliche

Worte zur Initiative von SPD und CDU. In seiner Rede machte er den Anwesenden deutlich, daß die Versäumnisse in der Bevölkerungspolitik die Handschrift aller im Landtag vertretenen Fraktionen - mit Ausnahme der Nationalen - tragen.

## VOLKSTOD STOPPEN

Der sogenannte demographische Wandel bedeutet nichts anderes als die Vergreisung und in letzter Konsequenz den Tod unseres Volkes. Die NPD-Fraktion hatte darum einen Antrag mit dem Titel „Den biologischen Fortbestand des deutschen Volkes bewahren!“ in den Landtag

eingebraucht. Hierzu liegt ein Sonderflugblatt der Landtagsfraktion vor.

**Das Infoblatt sowie weiteres Informationsmaterial können Sie mit dem umseitig abgedruckten Info-schein kostenfrei bestellen.**



IM GESPRÄCH MIT DEM NPD-LANDTAGSABGEORDNETEN MICHAEL ANDREJEWSKI

# „Das hatte eine Qualität, die man von Mossad-Geheimdienstkillern oder Mafia-Auftragsmördern kennt!“

**Haben die Mitglieder der so genannten „Zwickauer Zelle“ Ihrer Meinung nach wirklich die Morde an der deutschen Polizistin sowie den türkischen und griechischen Gewerbetreibenden begangen?**

Michael Andrejewski: Nein. Bis zum November 2011 gingen die meisten ermittelnden Polizeibeamten davon aus, daß die türkische Wettmafia dahinter steckte. Diese Schwerekriminalen machen Millionen mit verschobenen Fußballspielen. Das ist ein mehr als handfestes Mordmotiv.

**Könnte es der „Nationalsozialistische Untergrund“ nicht dennoch gewesen sein?**

Andrejewski: Das glaube ich schon deshalb nicht, weil die Morde sehr professionell durchgeführt wurden, jedes Mal ohne Spuren und ohne Zeugen. Das hatte eine Qua-

lität, die man von Mossad-Geheimdienstkillern oder Mafia-Auftragsmördern kennt! Wie sollen eine Gärtnerin, ein Professorensohn ohne Berufsausbildung und ein Arbeitsloser das geschafft haben? Ohne militärische Ausbildung, einfach so aus dem Stand? In schlechten Filmen mag so etwas vorkommen, aber nicht in der Realität.

**Werden die Beschuldigten einen fairen Prozeß bekommen?**

Andrejewski: Sie sind schon längst in unverantwortlicher Weise vorverurteilt worden. Die Bundeskanzlerin hat sich fast untertänig bei den Hinterbliebenen dafür entschuldigt, daß der ausländerfeindliche Charakter der Morde so lange übersehen worden sei. Was glauben Sie, welchen Ärger ein Polizist bekommen würde, der jetzt Hinweise auf die Türkenwettmafia entdecken würde! Die Karriere wäre vorbei.

**Was halten Sie von dem Gedenk-Rummel, den das System veranstaltete?**

Andrejewski: Die neun so genannten „Dönermorde“ wurden in den Jahren 2000 bis 2006 verübt. Im gleichen Zeitraum starben in Deutschland durch Mord und Totschlag 5.344 Menschen. Aber nur für zehn dieser Opfer - einschließlich der erschossenen Polizeibeamtin - gab es in Berlin eine pompöse Gedenkfeier. Sogar zu einer bundesweiten Schweigeminute

rief man auf. Was ist mit den übrigen 5.334 Ermordeten? Sie sind in der BRD-Opfer zweiter Klasse. Das ist pervers.

**Wer müßte sich fürchten, wenn die Wahrheit ans Licht käme?**

Andrejewski: Die türkische Wettmafia und der Verfassungsschutz. Auf keinen Fall die NPD, so wie es die Systemmedien durch Verdrehungen und dreiste Lügen versuchen darzustellen!



MICHAEL ANDREJEWSKI

RECHTSANWALT

JAHRGANG 1959

## INFO-GUTSCHEIN

 **NPD-Landtagsfraktion  
Mecklenburg-Vorpommern**  
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

 0385 - 5251322

 info@npd-fraktion-mv.de

 0385 - 5251321

 [www.facebook.com/  
NPDFraktionMuP](http://www.facebook.com/NPDFraktionMuP)

 [www.npd-fraktion-mv.de](http://www.npd-fraktion-mv.de)

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname  Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

ePost